

# Der Vollzugsdienst

1/2021 – 68. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Virtuelle Jahrestagung  
des dbb – Chatmöglichkeiten  
wurden reichlich genutzt**

Gelungene Veranstaltung  
im digitalen Format

Seite 1

**Schutzausrüstung:  
Wo endet die Fürsorgepflicht  
des Arbeitgebers ?**

Maskenpflicht –  
Gibt es Problemmasken ?

Seite 27

**Justizministerium in Rheinland-  
Pfalz muss das Landespersonal-  
vertretungsgesetz beachten !**

Mit Erfolg gegen die Verfahrensweise  
des Justizministeriums geklagt

Seite 62

Foto: © alex.pin/stock.adobe.com

**Corona-Impfungen  
für Bedienstete  
des Justizvollzugs  
sind immens wichtig!**

Vollzugsbedienstete  
zählen in der  
Impfprioritätenliste  
zur Gruppe 3



**Aus dem  
Vollzug,  
für den  
Vollzug !**

**BSBD**  
Gewerkschaft Strafvollzug

Foto: © DOQ RABE Media/stock.adobe.com



**BADEN-WÜRTTEMBERG**



Foto: Thomas Berner/ikf

**BAYERN**



Foto: © nicky\_sandoz/EyeEm/stock.adobe.com

**HESSEN**

# INHALT


## BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Virtuelle Jahrestagung des dbb
- 1 Die BSBD-Bundesleitung wünscht ein gesundes neues Jahr
- 1 Umfrage „Gewalt gegen Bedienstete im Justizvollzug“ reaktiviert
- 2 Corona-Impfungen für Bedienstete des Justizvollzugs immens wichtig
- 2 Vorankündigung: „SAVE THE DATE“ BSBD-Bundesgewerkschaftstag 2021 am 10. und 11.11.2021
- 3 Vollzugslockerungen und Kontaktbeschränkungen
- 3 BSBD präferiert zentrales Bundesgefängnis
- 4 Amtsangemessene Alimentation umsetzen

## LANDESVERBÄNDE

- 5 Baden-Württemberg
- 18 Bayern
- 22 Berlin
- 26 Brandenburg
- 29 Hamburg
- 36 Hessen
- 42 Mecklenburg-Vorpommern
- 44 Niedersachsen
- 45 Nordrhein-Westfalen
- 59 Rheinland-Pfalz
- 63 Saarland
- 66 Sachsen
- 69 Sachsen-Anhalt
- 73 Schleswig-Holstein
- 75 Thüringen
- 68 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion



Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

<b>Bundeschvorsitzender</b>	René Müller	rene.mueller@bsbd.de <b>www.bsbd.de</b>
<b>Stellv. Bundeschvorsitzender</b>	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
<b>Stellv. Bundeschvorsitzender</b>	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
<b>Stellv. Bundeschvorsitzender</b>	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
<b>Stellv. Bundeschvorsitzender</b>	René Selle	rene.selle@bsbd.de
<b>Stellv. Bundeschvorsitzende Schriftleitung</b>	Anja Müller	<b>vollzugsdienst@bsbd.de</b>
<b>Geschäftsstelle:</b>	<b>Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands</b> Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
<b>Landesverbände</b>	<b>Vorsitzende</b>	
<b>Baden-Württemberg</b>	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
<b>Bayern</b>	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
<b>Berlin</b>	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
<b>Brandenburg</b>	Dörthe Kleemann	bsbd.brb-geschaeftsstelle@email.de www.bsbd-brb.de
<b>Bremen</b>	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
<b>Hamburg</b>	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
<b>Hessen</b>	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
<b>Niedersachsen</b>	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
<b>Rheinland-Pfalz</b>	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
<b>Saarland</b>	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
<b>Sachsen</b>	René Selle	selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
<b>Sachsen-Anhalt</b>	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
<b>Schleswig-Holstein</b>	Thomas Steen	steen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
<b>Thüringen</b>	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

**ERSCHEINUNGSTERMIN**

der Ausgabe 2/2021:



**13. April 2021**



## Weihnachten im Berliner Justizvollzug

Auch im Jahr 2020 haben die Betriebsgruppen des BSBD Berlin, an die Kolleginnen und Kollegen gedacht, die über die Feiertage in den Vollzugsanstalten ihren Dienst verrichten haben.

Der BSBD Berlin hat „Danke“ gesagt für die im Jahr 2020 unter teilweise sehr erschwerten Bedingungen, erbrachte Leistung. „Wir freuen uns immer wieder, mit kleinen Aufmerksamkeiten zu Weihnachten die Kolleginnen und Kollegen ein wenig erfreuen zu können und die notwendigen Schichten zu versüßen“, sagte der Landesvorsitzende **Thomas Goiny** zu der jährlichen Aktion der BSBD-Betriebsgruppen.

Der BSBD Berlin bedankt sich bei seinem Partner, der **BBBank**, für die tatkräftige Unterstützung! ■



JSA.

Fotos: (3) BSBD Berlin

## Personalratswahlen 2020

# Fachgewerkschaften des dbb berlin erzielen gutes Ergebnis

Gesamtpersonalrat und örtliche Personalräte in der Justiz neu gewählt

Der BSBD Berlin konnte seine Position im Bereich der Berliner Justizvollzugsanstalten weiter ausbauen und stellt in sechs der neun Vollzugseinrichtungen die/den jeweiligen Vorsitzenden. In der JVA für Frauen ist der BSBD maßgeblich im Gremium und im Vorstand beteiligt. Der BSBD Berlin will seine inhaltliche Arbeit weiterhin fortsetzen, um in Zukunft auch in der JVA Tegel wieder den Vorsitzenden zu stellen.

Dazu beigetragen hat auch die gute Wahlbeteiligung, die unterschiedlich in den Anstalten, bei bis zu 70 % lag! Für den Bereich der gesamten Justiz haben die Fachgewerkschaften des **dbb berlin** wieder ein gutes Ergebnis erzielt, auch wenn durch ein knappes Ergebnis der Vorsitz an **ver.di** abgegeben werden musste.

„Die jahrelange an der Sache orientierte Arbeit lässt uns hoffen, dass die Gewerkschaften noch mehr Aufwind in der Berliner Justiz erhalten und auch weiterhin das soziale und personalvertretungsrechtliche Gewissen darstellen. Die Verbesserungen der letzten Jahre sind ja kein Wohlwollen der Arbeitgeber, sondern wurden von den Gewerkschaften hart erkämpft“, bewertete der Landesvorsitzende des **BSBD Berlin**, **Thomas Goiny**, die Wahl.

Der **BSBD Berlin** wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Justizgewerkschaften im **dbb berlin** noch enger zusammenrücken und die oftmals identischen Probleme gemeinsam gelöst werden.

Gerade in der aktuellen Situation ist es wichtig, eine starke Personalvertretung zu haben, die bei den bevorstehenden Veränderungen des öffentlichen Dienstes mitwirkt, wie z. B. bei den anstehenden Haushaltsberatungen, den Personalabgängen der nächsten Jahre, der Umsetzung von IT-Technik in den Dienststellen und den damit verbundenen Veränderungen von Arbeitsabläufen und Methoden. Das sind die wichtigen Themen der Zukunft.

Die Justizgewerkschaften und Verbände im **dbb berlin** werden aber vor allem bei der Nachwuchsgewinnung und der Qualifizierung und Fortbildung der Beschäftigten einen Schwerpunkt ihrer zukünftigen Arbeit im Gesamtpersonalrat sehen.

Für den **BSBD Berlin** ist klar, nur wenn der Senat hier „investiert“, kann der öffentliche Dienst und vor allem die Berliner Justiz/Justizvollzug seinen Aufgaben entsprechend gerecht werden.

## dbb berlin im Vorstand des Hauptpersonalrates Berlin vertreten

In der konstituierenden Sitzung wurden **Frank Becker**, **Rolf Herrmann** (Beamtengruppe) sowie **Synnöve Nüchter** (Arbeitnehmergruppe) in den 13-köpfigen Vorstand des Hauptpersonalrats (HPR) des Landes Berlin gewählt.

„Diese Wahl bedeutet, dass sich der **dbb beamtenbund und tarifunion berlin** sowie seine Fachgewerkschaften noch intensiver in die Arbeit der Inte-



ressenvertretung der Beschäftigten des Landes Berlin einbringen können. **Synnöve Nüchter** ist für den Vorstand des HPR als Tariffachfrau sicherlich eine große Bereicherung“, bewertet **dbb Landeschef Becker** diese Wahl.

Als Vorsitzende des HPR wurde die bisherige Amtsinhaberin **Daniela Ortmann (ver.di)** in ihrem Amt bestätigt. „Ich gehe davon aus, dass die Zusammenarbeit mit der HPR-Vorsitzenden weiterhin kritisch aber auch konstruktiv für die Beschäftigten des Landes Berlin fortgesetzt werden wird“, so **Becker** abschließend.

## Erfolgreich auch im Bereich der Polizei und der Finanzämter

Erfreulich ist, dass sowohl die **Deutsche Steuergewerkschaft (DSTG)** und ebenso die **Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)** im **dbb berlin** in ihren Bereichen erfolgreich waren. Somit ist in den drei Gesamtpersonalräten mit hoheitlichen Aufgaben der **dbb berlin** und seinen Fachgewerkschaften nicht wegzudenken.

Ein klarer Auftrag und eine Verpflichtung gegenüber den Beschäftigten sie vor der Willkür der Politik zu schützen. ■



Besoldungsallianz:

## Gemeinsame Aktion von dbb und Landesbünden

Es bestehen unabwendbare Handlungsnotwendigkeiten

Der BSBD Berlin unterstützt ausdrücklich die gemeinsame Aktion des dbb zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur sogenannten „Grundbesoldung“ in Berlin sowie zur Unteralimentierung „kinderreicher Beamtenfamilien“ in Nordrhein-Westfalen.

Wegen der herausragenden und langfristigen Bedeutung in finanzieller und gesellschaftlicher Hinsicht hat der **dbb bund** mit seinen 16 Landesbünden die Besoldungsgesetzgeber im Bund und in den Ländern am 8. Januar 2021 aufgefordert, die Verfassungsvorgaben für die Vergangenheit umgehend zu erfüllen und für die Zukunft die Unterstützung bei der zwingenden Neugestaltung anzubieten.

### Unteralimentierung

Ein Auslöser für diese konzertierte Aktion ist, dass unsere Verfassung überall in Deutschland gilt und es nicht sein kann, dass bei Beamtinnen und Beamten, die täglich ihren Dienst verrichten, der Ab-



Foto: BSBD Berlin

stand zu den staatlichen Leistungen zur Grundsicherung nicht eingehalten wird. Ein weiterer Wille ist es, auf der Basis von einheitlichen Grundlagen mit allen Ländern und dem Bund einheitliche, tragfähige und zukunftsfähige Regelungen zu erarbeiten.

Zu beachten ist dabei, dass die Frage des Mindestmaßes und der Ausgestaltung der verfassungskonformen Besoldung äußerst komplex, schwierig und von vielen Faktoren abhängig ist, weil seit dem Jahr 2006 die Besoldung im Bund und in den Ländern jeweils unter-

schiedlich gestaltet ist und es in den 17 verschiedenen Rechtskreisen eine Vielzahl von Regelungen gibt. Dies wird unterschiedlichste Regelungen in Bund und Ländern für die Vergangenheit zur Heilung der rechtswidrigen Unteralimentierung mit sich bringen.

Für die Zukunft sind Lösungen anzustreben, die ein Mindestmaß an Grundeinheitlichkeit in der Besoldung der Beamten sicherstellen.

### Ausgangslage:

Es bestehen unabwendbare Handlungsnotwendigkeiten, weil die Besoldung für die mehr als 1,8 Millionen Beamten und Beamtinnen in der Bundesrepublik Deutschland im Bereich der Mindestalimentation und im Bereich der Alimentation für Familien in weiten Teilen verfassungswidrig zu niedrig ist. Für die Vergangenheit stehen deshalb hunderttausenden von Beamten Nachzahlungsansprüche zu. Für die Zukunft müssen spätestens ab Mitte des Jahres 2021 verfassungskonforme Regelungen getroffen werden. ■

## Ausbildung mit Qualität – BSBD Berlin sagt Danke!

41 Frauen und 79 Männer haben den Sprung in den Justizvollzug geschafft

Die Corona-Pandemie hat natürlich auch Auswirkungen auf das Einstellungs- und Ausbildungsgeschehen im Justizvollzug. Und so musste die Bildungsstätte Justizvollzug (BJV) sich einiges einfallen lassen, um den Standard zu halten und den Alltag zu gestalten. Zwischendurch musste das Einstellungsverfahren unterbrochen werden und auch die Prüfungen der Ausbildungslehrgänge wurden in kleineren Gruppen durchgeführt.

Nach Auskunft der BJV haben sich 1.477 Bewerber und Bewerberinnen den Einstellungsverfahren gestellt. Leider konnten 85 % der Bewerber/innen nicht berücksichtigt werden, weil sie den Einstellungstest, das Bewerbergespräch, den Sporttest oder die amtsärztliche Untersuchung nicht bestanden haben.

### Lehrgänge 2020 konnten besetzt werden

Umso erfreulicher ist es, dass es gelungen ist, die Lehrgänge im Jahr 2020 zu besetzen und den Ansprüchen gerecht zu werden.



Foto: BSBD Berlin

Insgesamt haben 41 Frauen und 79 Männer den Sprung in den Justizvollzug geschafft. Der **BSBD Berlin** sagt herzlich willkommen!

Das erschwerte Einstellungsverfahren wurde auch durch zusätzliches Personal in der BJV möglich. Auch hier gilt ein großer Dank an die Mitarbeiter/innen der BJV und auch für die schnelle

Einarbeitung und Umsetzung der wichtigen Aufgaben der Aus- und Fortbildung!

Wir sagen auch herzlichen Glückwunsch allen Kolleginnen und Kollegen, die im vergangenen Jahr ihre Prüfung bestanden haben und uns nun im Justizvollzug tatkräftig als Probebeamte und Probebeamtinnen unterstützen.

### „jobmesse berlin“ mit „Stand der Messe“ ausgezeichnet

Besonders erfreulich ist die Bewertung der „jobmesse berlin“, die den Informationsstand des Justizvollzuges mit dem Aussteller-Award „Stand der Messe“ ausgezeichnet hat.

Die Besucher konnten hier die Informationsstände bewerten.

Allen Kolleginnen und Kollegen aus den Berliner Vollzugsanstalten, die in der Vergangenheit mit dazu beigetragen haben, dass die Messestände besetzt werden konnten und vor Ort für den Justizvollzug geworben haben, gilt ein besonderer Dank!

Ohne die vielen helfenden Hände wäre diese tolle Auszeichnung nicht möglich gewesen! ■

BSBD Berlin präsentiert Verbesserungsvorschläge

## Bekleidungsstandard ist zu verbessern

Überarbeitung der Dienstkleidungsverordnung ist erforderlich

Die Dienstkleidung ist mehr als nur ein optisches zur Schau stellen. Sie wird vom Arbeitgeber verpflichtend vorgeschrieben und ist gleichzeitig eine Frage der Zugehörigkeit und der Darstellung des Staates in der Öffentlichkeit. Die Beschäftigten haben aber zu Recht den Anspruch darauf, sich in der Kleidung wohl und geschützt zu fühlen.

So war der Justizvollzug im Jahr 2008 Pilotprojekt bei der Einführung der neuen blauen Dienstkleidung, sowohl für die Justiz (Justizvollzug und Wachtmeister) als auch für die Polizei.

Und die erste Ausstattung war gut! Seitdem haben sich die Anforderungen an die Dienstkleidung verändert und die Qualität und der Standard weiterentwickelt.

So ist die Anzahl der Ausführungen im Justizvollzug und deren Dauer in



den letzten Jahren deutlich gestiegen, sodass auch hier ein erhöhter Anspruch an die Kleidung besteht.

### Der Justizvollzug ist auf qualitativ hochwertige Ausstattung angewiesen

Da der Justizvollzug nicht immer ein Fahrzeug der Fahrbereitschaft oder wie die Polizei immer ihr Einsatzfahrzeug zur Verfügung hat, ist gerade der Justizvollzug auf eine qualitativ hochwertige Ausstattung angewiesen.

Alles muss immer in der Ausführungstasche oder in einem eigenen Rucksack transportiert werden. Der **BSBD Berlin** fordert daher die Überarbeitung und Anpassung der Dienstkleidungsverord-

nung vor allem im Bereich der neuen Twin-Jacke und dem Wärmefutter.

Beides zusammen kostet nach dem Bestellkatalog 244,97 Euro, was das Jahresbudget von 200,00 Euro schon komplett verbraucht.

Aus Sicht des **BSBD Berlin** sollte die neue Twin-Jacke mit Wärmefutter allen Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug einmalig zur Verfügung gestellt werden.

Zudem verfügt die Jacke über keine Reflektoren, die in der heutige Zeit aus optischen Sicherheitsgründen notwendig wären.

Eine Warnweste mit der Aufschrift „Justizvollzug“ ist ebenfalls nicht vorhanden.

### Verbesserungsvorschläge aus der Praxis für die Praxis

Ein weiterer Verbesserungsvorschlag wäre die Anbringung einer Halterung für das Funkgerät an der Jacke. So könnte das Funkgerät, wie allen anderen mitzunehmenden Ausstattungsgegenstände am Gürtel befestigt werden, was auch die Erreichbarkeit und den Umgang mit dem Funkgerät im Alltag erleichtern würde.

Der **BSBD Berlin** wird seine Verbesserungsvorschläge der Senatsverwaltung für Justiz und der Bekleidungskommission präsentieren und hofft, dass die Anpassung zum Wohl der Kolleginnen und Kollegen zeitnah erfolgt.

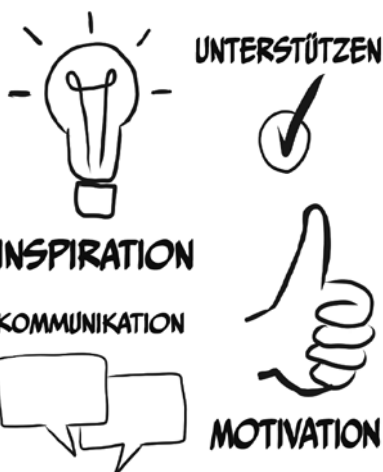
*Wir werden berichten!*

Euer

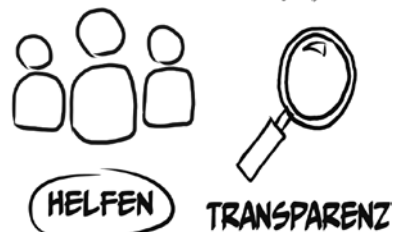
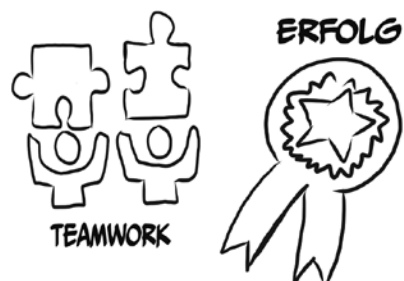
BSBD Berlin

# BSBD

## WIR SIND MEHR ALS DU DENKST



## ZUSAMMENARBEIT



## VERTRAUEN



BSBD Berlin  
E-Mail@bsbd-berlin.de  
www.bsbd-berlin.de



dbb berlin weist Breitenbach-Forderung zurück:

## „Einstellungen sind diskriminierungsfrei!“

BSBD Berlin: „Einen völlig falschen Weg eingeschlagen“

**Unverständnis hat die Forderung der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Elke Breitenbach (Die Linke), nach Einführung einer Migrationsquote für die Einstellungen in den öffentlichen Dienst beim dbb berlin ausgelöst.**

**dbb Landeschef Frank Becker:** „Einstellungen in den öffentlichen Dienst folgen strengen gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Vorschriften und sind deswegen auch diskriminierungsfrei. Für Menschen mit Migrationshintergrund gilt – wie für alle anderen auch – das Gleichstellungsgebot und Diskriminierungsverbot. Einer gesonderten Gesetzgebung, wie von **Senatorin Breitenbach** gefordert, bedarf es nicht. **Breitenbachs** Vorstoß ist allenfalls geeignet, unberechtigtes Misstrauen und Vorurteile gegenüber dem öffentlichen Dienst zu schüren.“

Nach Feststellung des **dbb berlin** finden die rechtlichen Vorgaben bei Einstellungen in den öffentlichen Dienst von Berlin uneingeschränkt Anwendung. „Andernfalls würde längst eine Vielzahl von Klageverfahren etwaige Missstände aufgezeigt haben“, zeigte sich **Becker** überzeugt.

Auch der **dbb berlin** und seine Mitglieder in den Personalräten hätten stets ein sehr waches Auge darauf, dass Einstellungen rechtssicher und diskriminierungsfrei durchgeführt werden. „Den mit dem Vorschlag von **Senatorin Breitenbach** intendierten Vorwurf der Diskriminierung bei Einstellungen weisen wir deshalb zurück“, gab **Becker** unmissverständlich zu verstehen.

Abschließend warnte der **dbb Landeschef** davor, mit Sondergesetzen die entscheidenden Voraussetzungen für eine Einstellung in den öffentlichen Dienst aushöhlen zu wollen, nämlich die verfassungsrechtlich abgeleiteten Grundsätze von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung.

### Diskussion eröffnet

Die gesetzliche Regelung für Einstellungen ist sowohl für Beamte, als auch für Tarifbeschäftigte eindeutig geregelt. Eine Quote für „Personen mit Migrationsgeschichte“ für den Öffentlichen Dienst wäre ein klarer Verstoß gegen die bisherigen gesetzlichen und tarifrechtlich vereinbarten Regelungen. Der Berlin-Entwurf ist ein bundesweites Novum. Zwar haben die Bundesländer

Bayern, Baden-Württemberg und NRW ebenfalls ein Migrationsgesetz, allerdings werden hier keine Vorgaben bei Einstellungen geregelt.

Nach Medieninformationen hat die Innenverwaltung bereits eine Kehrtwendung vollführt und den jetzt vorliegenden Entwurf abgelehnt.

Nach Auskunft eines Sprechers der Innenverwaltung gibt es in der **SPD** erhebliche Vorbehalte gegen die Quote von 35 Prozent und die Bevorzugung bei der Einstellung.

Die Opposition hält den Vorschlag der Senatorin für verfassungswidrig. **Sven Rissmann, CDU**, hält den Entwurf für falsch und ebenfalls verfassungswidrig. Die **CDU** hatte bereits in der Vergangenheit erhebliche Bedenken gegen das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) und gegen die Behörden internen „demokratiefeindlichen Tendenzen“ im Berliner Justizvollzug vorgetragen.

**Kritiker sehen außerdem einen erneuten Versuch von den Grünen und der Links-Partei, das Berufsbeamten-tum heimlich auszuhöhlen** und die nach Artikel 33, Absatz 2 des Grundgesetzes (Jeder Deutsche hat nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte) klar definierten Zugangsmöglichkeiten zu verändern.

### BSBD Berlin sieht einen völlig falschen Weg

Der **BSBD Berlin** sieht in dem Gesetzesentwurf keine sinnvolle Regelung, den Personalbedarf der nächsten Jahre zu decken. Aus den mehreren Tausend

Bewerber/innen pro Jahr für den Justizvollzug bleiben oftmals nur die notwendigen ca. 120 bis 140 Anwärter/innen für die fünf Lehrgänge übrig.

Nach Ansicht des **BSBD Berlin** müsste die Zahl sogar noch gesteigert werden, da die aktuelle Personalpolitik der Senatsverwaltung für Justiz eher für Abgänge, als für dauerhafte Zugänge sorgt.

### Andere Stellschrauben notwendig

So fordert der **BSBD Berlin**, endlich eine Arbeitsgruppe für die Änderungen des Laufbahngesetzes bzw. der Justizlaufbahn einzurichten, sowie im Rahmen des Gesundheitspaktes (**Schmöckwitz**) den Arbeitskreis „Anreiz-Modelle“ wieder einzuberufen, um die schon jetzt notwendige finanzielle Verbesserung für den Justizvollzug auszuloten und zu erarbeiten.

Die eingeführten Leistungsprämien waren das einzige Ergebnis, das damals erarbeitet wurde. Die im Land Berlin geltende Verordnung, mögliche Leistungszulagen einzuführen, wurde nicht umgesetzt.

„Wer genügend qualifizierte Bewerber und Bewerberinnen für den Justizvollzug gewinnen will und nach der Ausbildung perspektivisch weiter behalten möchte, muss dringend an der finanziellen Schraube drehen. Warme Worte, wo andere Behörden umfangreiche Zukunftsmodelle auflegen, reichen zukünftig nicht aus. Hier müssen andere Stellschrauben bewegt werden“, kommentierte der Landesvorsitzende des **BSBD Berlin**, **Thomas Goiny**, die bisherige Diskussion. ■

